

UA Samstag, 11. Juni 2016

„Bürgerentscheid nach Akteneinsicht“

Neu-Anspach. In Sachen Windkraft haben sich die Ereignisse in der dieser Woche überschlagen. Im Regionalplan, der wahrscheinlich erst ab 2018 verbindlich wird, ist keine Windvorrangfläche für Neu-Anspach vorgesehen; der Standort Langhals wurde gestrichen. Die weiteren vier geplanten Windräder gibt es nur, wenn das außerhalb der noch nicht gültigen Regionalplanung laufende Genehmigungsverfahren für Standorte südlich des Langhalses für den Investor Juwi erfolgreich ist.

Die gleiche planungsrechtliche Situation in der Nachbargemeinde, aber eine andere Konsequenz des Investors: In Schmitten hat die Firma ABO Wind ihre Planungen für den Pferdkopf in dieser Woche aufgegeben – eben weil der vorgesehene Standort Pferdkopf nicht in der Regionalplanung aufgenommen worden ist.

Die Windkraft in Neu-Anspach ist am Dienstag in zwei Tagesordnungspunkten das Hauptthema im Neu-Anspacher Stadtparlament. Wie gehen die Windkraft-Standortgegner der Bürgerliste B-NOW nun ist diese Sitzung? Der UA fragte nach.

Am Dienstag wird ein von Ihnen geforderter Akteneinsichtsausschuss (AEA) zu den Windkraftplanungen eingesetzt. Mit welcher These und welchem Erkenntnisinteresse gehen Sie in diesen Ausschuss?

Bernd Töpferwien: Die These für den AEA : Transparenz für Bürger und Politiker schaffen. Das Erkenntnisinteresse: es gibt viele Aussagen in der Presse zum Windkraftprojekt, die sich im Nachhinein als nicht korrekt herausgestellt haben. Auch ist Fakt, dass die Parlamentarier den Gestattungsvertrag und dessen Einseitigkeit zulasten der Stadt nicht kannten. Weiterhin ist zu klären, ob ökologische und ökonomische Risiken ausreichend berücksichtigt wurden. Der „Ausstieg“ der Süwag (im März 2014 als Partner der Juwi, die alleine weitermacht. Anm. d. Red.) wirft zudem weitere Fragen auf, ebenso wie die Rolle des Bürgermeisters und seiner Stellvertreterin (damals Erste Stadträtin Luise Drescher-Barthel/CDU. Anm. d. Red.) beim Vertragsabschluss ausschließlich mit Juwi - entgegen dem Beschluss der Stadtverordneten.

Die „Altparteien“ von CDU, SDP, FWG/UBN und Grünen, die auch weitgehend das Windkraftprojekt tragen, wollen einen Bürgerentscheid, eine Art Volksabstimmung, über die Windkraft. Ralph Bibo von der „unpolitischen“ Bürgerinitiative Now geht nach der Stellungnahme der Regionalplanung zum Langhals und der Nichtaufnahme der aktuell geplanten Flächen davon aus, dass die Windräder nicht genehmigt werden. Dann könne man sich das Geld für die Volksabstimmung sparen und sicherheitshalber vorher Ende August ordentlich den Vertrag kündigen. Wie wird sich die „politische“ B-NOW zum Bürgerbegehren entscheiden?

Bernd Töpperwien: Die Entwicklungen der letzten Woche bestätigen, was die Initiative Naturpark ohne Windräder (Now) seit Monaten thematisiert – Juwi kann nicht nachweisen, dass der Standort mehr als 5,5 m/s Wind bringt – damit wird es hier keine Windvorrangfläche geben, da die Minimalanforderung nicht erfüllt wird. Somit sind die erwarteten Pachteinahmen für die Stadt sehr unwahrscheinlich. Folglich ist es nach unserer Ansicht die Pflicht der Stadt, zuerst alle vorliegenden Fakten zur Wirtschaftlichkeit zu prüfen und nicht einfach die Verantwortung für ein wahrscheinlich defizitäres Projekt zum Bürger zu schieben. Erst wenn die wirtschaftlichen Fakten geprüft sind und der Akteneinsichtsausschuss seine Arbeit beendet hat, könnte ein Bürgerentscheid Sinn machen, falls Juwi bis dahin nicht selbst aus dem Projekt aussteigt oder das Regierungspräsidium den Genehmigungsantrag ablehnt. Grundsätzlich sind wir immer für Bürgerbeteiligung auf Basis nachvollziehbarer Fakten. Sollten die Antragsteller unseren Argumenten nicht folgen, werden wir zum jetzigen Zeitpunkt gegen einen Bürgerentscheid stimmen.